

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker,  
sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Fuchs,  
sehr geehrter Herr Beigeordneter Höing,

Zum B-Plan Entwurf 70480/12 Ehemaliger Güterbahnhof in Köln Mülheim nehme ich wie folgt Stellung:

Im Entwurf des B-Plans heißt es unter 4.5 Erschließung:

"Demnach wurde durch die Aufsiedlungen innerhalb des Bebauungsplangebietes ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von insgesamt maximal 4.500 Kfz-Fahrten je Werktag (Summe aus Quell- und Zielverkehr) ermittelt.

Weiterhin sind im Zusammenhang mit sonstigen Entwicklungen im Umfeld ca. 5.500 neue Kfz-Fahrten je Werktag (Summe aus Quell- und Zielverkehr) zu erwarten."

Das macht nach Adam Riese 10.000 zusätzliche KfZ-Fahrten pro Tag.

Da der Clevische Ring und die Bergisch-Gladbacher Straße in Mülheim jetzt schon durch Dauerstaus blockiert sind, können sie zusätzlichen Verkehr überhaupt nicht aufnehmen.

Außerdem drohen für den Clevischen Ring ohnehin Fahrverbote aufgrund einer Klage der Deutschen Uwelthilfe.

Die Bergisch-Gladbacher Straße überschreitet ebenfalls die gesetzlichen Grenzwerte und wird voraussichtlich ebenfalls durch Gerichtsentscheid gesperrt werden.

Dasselbe gilt für die Linie 4. Sie kann aus technischen Gründen nur alle 10 Min. verkehren und ist morgens und Abends jetzt bereits überlastet und kann keine zusätzlichen Fahrgäste befördern.

Die Busse falle als Verkehrsmittel aus, da es keine Busspur gibt und sie im Stau stehen.

Ein Ausbau des S-Bahnhofs Berliner Straße liegt in weiter Ferne und kann deshalb in absehbarer Zeit nicht in die Verkehrslösung einfließen.

Deshalb ist z.Zt. nur eine autofreie Siedlung möglich. Infrage kommt allenfalls die "Stadt der kurzen Wege", wo neben Arbeitsstellen Wohnungen entstehen.

Diese "Stadt der kurzen Wege" entspricht dem wissenschaftlichen Stand der internationalen Stadtplanung und ist auch wegen der Klimaschutzvorgaben für die Zukunft unausweichlich.

Eine weitere Verkehrsbelastung ist auch mit Rücksicht auf die vorhandenen Betriebe nicht vertretbar, da diese mit ihren Fahrzeugen jetzt schon morgens und abends nicht aus Mülheim raus- und reinkommen.

Dasselbe gilt für die Pendler, die im Stadtbezirk Mülheim wohnen und mangels öffentlicher Verbindungen auf das Automobil angewiesen sind.

Im weiteren wird darauf verwiesen, dass der Investor in der Presse jetzt schon von einer Verdoppelung der Arbeitsplätze auf 7 000 spricht, was eine weitere erhebliche Steigerung des Verkehrs bedeutet.

Es ist also Zeit, zum Umdenken. Klimaschutz muss auch in Köln ankommen und darf nicht nur Gegenstand von Fensterreden auf internationalen Konferenzen sein.

Das gilt mittlerweile nicht nur für die Grünen, sondern für alle Parteien.

Für die Verwaltung sind die Klimaziele eh bindend.

Die Profitinteressen eines einzelnen Investors dürfen nicht immer weiter über den Interessen der Allgemeinheit auf gesunde und sichere Lebensverhältnisse, Klima- und Umweltschutz stehen.

Eine Kehrtwende ist dringend geboten.

Packen wirs an!

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Kippe, SSM